

# Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennweg 29/31. Fernruf 22.  
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Das große Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzelles für Stadt u. Landkreis Herford 30 Pfg., sonst 40 Pfg. Kosten die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 26

Herford, Freitag, den 31. Januar

1919

## Arbeit!

Wir haben angefangen die schweren Schäden, die uns der militärische Zusammenbruch und dann die Revolution brachten, wahrhafte Ursache zu vielfacher Beschwerde gehabt. Nicht nur, daß der Sieg der Entente uns zunächst die in mühsamer, heißer aber auch erfolgreicher Arbeit errungene Stellung auf dem Weltmarkt kostete, hat die Revolution in ihren Folgeerscheinungen auch unser gesamtes wirtschaftliches und innerpolitisches Leben aufs allerhöchste in Mitleidenschaft gezogen. Die Revolution brachte uns zunächst einmal jene Regierung aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, die infolge ihrer Zusammensetzung zu tödlicher Schwäche und Entschlußlosigkeit verurteilt war, die Demobilisation des deutschen Heeres führte Millionen Beschäftigungssuchender ins Land zurück und brachte uns die Erwerbslosenunterstützung, die uns täglich Millionen kostet. Wir erlebten die allgemeine Desorganisation im Gefolge der Arbeiter- und Soldatenräte, die Verschleuderung von Milliardenwerten an Volkseigentum und schließlich den Spartakusputsch in Berlin, der dem Ansehen Deutschlands vor allem im Ausland nie wieder gutzumachenden Schaden tat.

Heute aber stehen wir vor der Tatsache, daß infolge der wahnwichtigen Streife in den Kohlengebieten im Rheinlande und im Schlesien ein Teil der Industrie stillgelegt werden muß. Ueber allem aber schwebt das Gespenst des Friedens, den uns die Nachsicht und die Verbissenheit der Clemenceau und Lloyd George bereiten wollen. Die nächste Zukunft Deutschlands und des Reiches erscheint also wie von schwarzem Gewölke verdunkelt. Nichts war daher auch berechtigter, als die Klagen und beschwörenden Hinweise auf eine gefährliche Entwicklung, die uns nunmehr tatsächlich und endgültig dicht vor den Abgrund gebracht hat. Gerade deshalb aber erhebt sich für den wahren Vaterlandsfreund die Frage, ob mit Klagen wirklich auch in weiterer Zukunft alle Tätigkeit erschöpft sein soll? Ob nicht die tiefe und berechnete Zuversicht zu der unzählbaren und unerschütterlichen Arbeitskraft und Selbstbejahung des auch in tieferster Not und Erniedrigung bewundernswürdigen deutschen Volkes ihr Recht verlangt? Verrannte Fanatiker der äußersten Linken haben von einer Revolution in

Fitzlatschen gesprochen — wir möchten das als ein Lob auffassen. Man denke nur daran, wie in Frankreich eine Revolution unter ähnlichen Umständen vor sich gegangen wäre und wieviel Blut und materielles Volksgut sie gekostet haben würde. Man denke ferner daran, daß die Existenz der jetzigen Regierung sich nur noch nach Tagen berechnet und daß die neue Regierung unter Einziehung bürgerlicher Mitglieder zu reihen hat oder vielleicht auch ganz umgebildet werden wird. Die neuen Männer aber werden in weit größerem Maßstabe als das jetzige 5-Männerkollegium die Hand frei haben zu energischer Betätigung vor allem im Innern.

Die neue Regierung wird — weil sie muß — entschlossener zu handeln wissen, und sie wird dabei die stärkste Stütze und den sichersten Untergrund in dem festen Wunsch des deutschen Volkes finden, sich selbst und seine Zukunft mit aller Energie zu bejahen. Die Kritik der letzten Wochen war gewiß berechtigt, aber wenn wir eine Zukunft haben wollen, so heißt die Parole von jetzt ab: Positives Wollen, positives Schaffen!

## Gibraltar für Spanien?

II. Zürich, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Temps“ beabsichtigt England, Gibraltar an Spanien abzutreten. Romanones traf die Vereinbarung, daß England dafür Costa an der gegenüberliegenden afrikanischen Küste, als Flottenstützpunkt erhält. Spanien verpflichtet sich, auf die Anerkennung des Abkommens zu dringen, falls die spanische Zone in Marokko in anderen Besitz übergeht.

## Das Los der deutschen Kolonien.

II. Rotterdam, 30. Jan. Der Pariser Mitarbeiter des „N. A. C.“ bestätigt seinem Blatte, daß die Frage der deutschen Kolonien vorläufig von der Tagesordnung der Konferenz abgesetzt sei. Die Verhandlungen sollen erst später wieder aufgenommen werden, da das Los der Kolonien noch lange nicht geregelt sei. Wilson halte zugegen an seiner Ansicht fest, daß die Staaten, die die Kolonien regieren, nichts weiter sein sollen, als Bevollmächtigte des Völkerbundes.

## Die Kämpfe in der Ostmark.

III. Berlin, 30. Jan. In Posen sind von den Polen neuerdings 7 hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden: Bürgermeister Kunze, Stadtverord-

neter Placzek, Dr. Kantorowicz, der Präsident der Anstaltungskommission Gans, Mittelschullehrer Rodewitz, Dr. W. Gutmann und Leutnant Martini. Die Verhaftungen wurden als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Gajda in Butschen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon vorgestern die Festnahme des Landeshauptmanns von Geyling in Posen vorgenommen.

II. Berlin, 31. Jan. Die Verluste des Grenzschießes im Abschnitt Bromberg haben in den Kämpfen gegen die Polen bis zum 23. Januar 7 Tote, 21 Verwundete und 159 Vermisste betragen.

III. Schwiebus, 31. Jan. Aus der Richtung Bentschen hört man starken Artilleriekampf, in Bentschen selbst, nördlich und südlich von Bentschen sind starke deutsche Truppenmassen zusammengezogen. Unmittelbare Gefahr für den Bahnhof Bentschen ist nicht zu befürchten.

III. Berlin, 30. Jan. Nach der „D. Z.“ werden morgen die preussischen Minister Girsch und Ernst und zwei Mitglieder des Zentralrats der U.S.R. eine Reise nach dem Osten antreten, um sich erneut über die Polenfrage zu unterrichten. Sie werden Königsberg, Samburg, Allenstein, Thorn, Bromberg und Schneidemühl besuchen.

II. Berlin, 30. Jan. Die letzten Nachrichten, die aus dem Osten an die Reichsregierung und das Kommando des Grenzschießes Ost gelangt sind, lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß die Polen einen starken Vorstoß gegen Westpreußen planen und diese Provinz schon in aller nächster Zeit ebenso in ihre Gewalt bringen wollen, wie es zuvor in Posen leider gelungen ist. Das Vorgehen der Polen gegen Kulme ist nur als ein Vorzeichen einer großangelegten polnischen Aktion gegen Westpreußen anzusehen. Die Zustände in Westpreußen sind nach Ansicht der Regierung mit einem Pulverfaß zu vergleichen. Es fehlt nur der Funke, um es zur Explosion zu bringen. Die Polen betrachten die Bildung der Bürgerwehr in Westpreußen als eine gegen sie gerichtete Provokation und ihr Führer, der ehemalige Abgeordnete Korfanty, hat an die Reichsregierung gestern eine ausführliche und in außerordentlich scharfer Zone gehaltene Protestnote telegraphiert, in der er sich über die Bürgerwehr beklagt und behauptet, daß die Deutschen ihre Landeskarte bewaffnen, während sie die Polen entwaffnen. Es werden demnächst Anträge erlassen werden, in denen gediente Soldaten zur freiwilligen Meldung für den Grenzschieß aufgefordert werden. Zur Sicherung des Ostens sind insgesamt etwa 300 000 Mann erforderlich.

## Bewaffnetes Vorgehen gegen Bremen.

III. Berlin, 30. Jan. Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenteile sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen erhöht infolge des starken Zustroms von Freiwilligen keine Verminderung.

II. Bremen, 31. Jan. Durch Extrablatt wurde gestern hier bekannt gegeben, daß die dem Oberbefehlshaber Roske unterstellte Division Gerstenberg in Verden eingetroffen sei. Sie besteht aus der Marinebrigade und der Landeschützenbrigade. Der Division stehen alle Kampfmittel zur Verfügung, wie sie an der Front verwandt wurden. Führer der Division ist Oberst Gerstenberg, der weitgehende Vollmacht hat. Der Rat der Volksbeauftragten in Bremen trat sofort mit der Zentrale in Berlin in Verbindung, um über die Absichten der Division Erkundigungen einzuziehen. Auf diese Meldung hin erfolgte auf der Ostfront ein Alarm für die bewaffnete Arbeiterschaft.

## Am die Kommandogewalt.

III. Berlin, 31. Jan. Im Abgeordnetenhaus traten gestern die Soldatenräte Groß-Berlins abends zusammen, um sich mit der Neuordnung der Kommandogewalt zu beschäftigen. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, daß der Geist der Verordnung nicht von dem Rätekonferenz beschlossenen fiktionalen Punkten entspringt. Die Kommission beschloß, einen Rätekonferenz der Soldatenräte aller Korps nach Berlin einzuberufen zwecks Stellungnahme zu dieser Verordnung. Der Zentralrat und das Kriegsministerium ist mit der Konferenz in Berlin einverstanden. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution der Unabhängigen angenommen, die energisch gegen die Verfügung über die Neuordnung der Kommandogewalt protestiert.

## In die Eisenbahnarbeiter.

III. Berlin, 30. Jan. In einem Erlass des Zentralrates an die Eisenbahnarbeiter und Betriebsbeamten heißt es, daß in einigen Gegenden des Reiches Forderungen gestellt wurden, die eine geregelte Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährden. Die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs und der Verkehr seien jedoch reiflich sicherzustellen, und die Zeit sei zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in unabsehbare Schwierigkeiten zu bringen. Es wird auf den ordnungsmäßigen Weg für die Anbringung der Forderungen hingewiesen.

## Herford und Kurbrandenburg

Eine Erzählung  
aus der Geschichte der Stadt Herford  
von G. König.

Nachdruck verboten.

IV.

Früh am nächsten Morgen rief die Rathausglocke den gemeinsamen Rat der beiden Städte, Altstadt und Neustadt, zum Rathaus der Altstadt. Nach schweren Kämpfen mit den Innungen im Jahre 1433 und der endlich 1634 erfolgten Vereinigung der beiden Stadtteile bestand der Rat aus dem regierenden ersten Bürgermeister, seinem Stellvertreter, dem „sitzenden“ Bürgermeister, den Vertretern der alten Patriziergeschlechter, den Ratsherren, den Weiskern, aus der minder wohlhabenden Bürgerschaft und den Amtsmännern als Vertreter der Zünfte. Die Mehrheit hatte zuvor an einem Gottesdienste teilgenommen. Unter ihnen waren Wischmeier als erwählter Weiskern und Bruchmann als Amtsmann der Wäckerinnung zu bemerken. Am Fuße der hohen Freitreppe zum Rathaus gestellte sich der Amtsmann der Schmiedinnung, Dietrich Krone, zu ihnen. Dieser gab seinem lebhaften Unwillen darüber Ausdruck, daß der regierende Bürgermeister den brandenburgischen Dragonern überhaupt das Schreiben abgenommen habe. Krone hätte mit Hilfe seiner Gesellen den brandenburgischen Führer schon praktisch überreden wollen, den Brief gar nicht erst abzugeben, womit er das Unglück abgewendet glaubte, da das zweifelsfrei und nur un-

nützte Aufregung hervorgerufen habe. So meinte er, war auch sein Wille ernstlich und gut gemeint, so stand er doch im Widerspruch zu der gegenseitigen Ritterschick, welche damals noch im Kriege galt. Aber größere Nachsicht als er wußten ihnen unliebsamen Auseinandersetzungen in der gleichen abgetragenen Weise aus dem Wege zu gehen, wie wir später sehen werden. Natürlich hätte sein Ton nicht nur nichts genutzt, sondern neuen Haß erzeugt.

An dem von der Eingangstür direkt zugängigen großen Rathaussaale, der für öffentliche Bürgerversammlungen, für Hochzeiten und andere große Festlichkeiten verwendet wurde, waren zur rechten Seite zwei kleinere Säle angebaut. Unter ihnen, ein wenig gegen den Marktplatz vertieft, befand sich der Ratsweinkel. In diesem betrieb die Familie Kemmert schon von alten Zeiten her den Weinausschank der Stadt, den aber auch die Abtei für sich als Gerechtfame beanspruchte und sich darum mit der Stadt zankte. Beim Eintritt in den Ratsweinkel, den größeren der beiden Nebensäle, fanden die drei Freunde bereits den größten Teil der Stadtvertretung versammelt. Nach ihnen ließ die Tür noch ein sonderbar aufgeschupptes Männchen, den Amtsmann der Gewand- und Schneiderinnung Lufas Wessenberg, ein, das im Gegensatz zu der bescheidenen Sonntagsstracht der Erschienenen sich mit Resten einer besseren Vergangenheit schmückte und sich damit in Gegensatz zu der sehr strengen, nicht lange vorher aber erlassenen Herforder Kleiderordnung gesetzt hatte. Die Kleidungsstücke paßten dabei so wenig zu einander und ließen ein so lächerliches Bestreben, sich äußerlich hervorzuheben, erkennen, daß ihr Träger unerwartete Heiterkeit hervorrief, die ihn durch-

aus nicht entzückte. Der lustigen Stimmung, welche durch muntere Zurschneidung von Krone und Wischmeier hervorgerufen worden war, machte der Eintritt der beiden Bürgermeister plötzlich ein Ende. Stille trat ein. Man setzte sich dem Range nach an den Beratungstisch. Neben die Bürgermeister rechts und links die Ratsherren, daneben die Weiskern, denen sich die Amtsmänner angeschlossen. Altstadt und Neudorf, namentlich die letztere, sondernten sich streng von den Vertretern der Neustadt.

Der regierende Bürgermeister Hermann Fürstenau, nunmehr in voller Amtstracht, mit der der goldenen Bürgermeisterkette angetan, eröffnete die Versammlung in feierlichster Weise. Er wies hin auf die große Bedeutung der zur Beratung stehenden Sache, welche die ernstesten Folgen für die Zukunft der Stadt und das Wohl der Bürger haben werde. Zum Schluß sprach er den Wunsch und die Hoffnung aus, daß Gott ihre Herzen und Sinne zum besten leiten und ihrem Beschlusse seinen Segen geben werde.

Eine lange lautlose Pause trat ein. Niemand meldete sich zum Wort. Als unzulässig galt es zudem, daß einer der Weiskern oder Amtsmänner das Wort nahm, bevor nicht einer der Ratsherren geredet hätte. Endlich richtete sich der „sitzende“ Bürgermeister Corbey auf und meinte:

„Die Frage ist uns nichts Rät mehr, wir hat das Verlangen von den brandenburgischen Kurfürsten nehmen müssen. Alle Herforder wüßten Bescheid. Doch ist meine Meinung, daß wir uns der Sache noch ernst füberder überlegen muß. Das ist kein Hafenjagen nach einem kleinen Heimgewinn. Räumt Tied, kommt Roth.“

Damit war aber Wischmeier nicht einverstanden.

„It Rätstier fünd olltied die Rätgenklauen“, rief er außer der ordnungsmäßigen Reihe, „was schüt wi noch up luern? Hä? dat möcht id wol wieten, wi Roter un auf de Rätstier hüt ol längst wie faste Meinung. Lot sei zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in unabsehbare Schwierigkeiten zu bringen. Es wird auf den ordnungsmäßigen Weg für die Anbringung der Forderungen hingewiesen.“

„Wisse! Faste!“ stimmte Dietrich Krone zu. „Faste, man immer faste!“ Und bekräftigte seine Meinung durch einen derben Faustschlag auf den Tisch.

Wischmeier fühlte seinen Rücken gestieft durch die würdige Verhandlung am gestrigen Abend. Corbey wohnte auf der Neustadt, welcher in der Regel der zweite Bürgermeister entsamte.

Bürgermeister Fürstenau wies Wischmeier in Beantwortung seiner Worte darauf hin, daß Brandenburg so unendlich viel stärker sei, als das kleine Herford, so daß es in offenem Kampfe unterliegen müsse.

Bernhard Giese, welcher zu den Ratsherren gehörte, von der Reihe zurück und amwesend, beobachtete scharfen Auges die Mienen der Redner, lächelte dazu, sprach aber nicht.

Ratsherr Schmaedepeper von der Neustadt, ein altlicher dürrer Mann mit podennarbigem Gesicht und großen Marktfäßen, der sich beständig die Hände rieb, meinte mit sehr scharfer Stimme: „Et beste wör, wenn wi mit den Kurfürsten us verdrängen künhen. Dat dei met wat taufrie is. Id meine man, wenn wi auf wat Inqualitierung annehmen, denn künht wi doch usen Hannel bedrücken. Et is leige nog, dat dat Geschäft met usen Böwenlinnen ganz lamm ligt.“

Corbeyung folgt.

## Die Kohlennot.

16. Berlin, 31. Jan. Der durch Arbeitseinstellung und verminderte Arbeitsleistung entstandene Kapitalverlust im obersteichischen Industriegebiet seit Ausbruch der Revolution wird auf rund 275 Millionen Mark, der Wert, der in dieser Zeit weniger geformten Kohlen auf 180 bis 150 Millionen Mark geschätzt.

17. Berlin, 30. Jan. Die außerordentliche Kohlenknappheit im Osten Deutschlands veranlaßt die deutsche Waffentillandskommission in einem Telegramm an Admiral Brownin um Ausstellung von Geleitschein für Kohlentransportdampfer zwischen den Häfen Bremen, Guden, Stettin, Danzig und Königsberg zu bitten.

### Polnischer Waffenterror in Oberschlesien.

18. Breslau, 30. Jan. Aus dem Kreise Plesch wird berichtet: Die Wahlen zur Nationalversammlung standen hier unter einem Terror ohnegleichen. Es war jedem, der zur Wahl ging, angedroht, daß er auf die Karre käme oder erschossen würde, oder aber mindestens Prügel bekäme. Hierdurch hat sich ein großer Teil der Bevölkerung von der Wahl abhalten lassen. Selbst Kinder belästigten nach vor den Wahllokalen die Wähler. Dazu kam der Terror auf der Bringsende. Kein Grubenarbeiter durfte dort zur Wahl gehen.

19. Wismar, 30. Jan. Die Lage in Mecklenburg hat sich in den letzten Tagen gebessert. Die Bolschewisten wurden in mehreren Zusammenstößen über den Windausfluß zurückgeworfen. Gestern wurde Schindler an der Windau nach heftiger Gegenwehr von deutschen Truppen und holländischer Landeswehr gestrichen. In vielen Landkreisen herrscht der Terror dritlicher Bolschewisten. Nicht geklügelte Gutbesitzer und Pastoren sind verschleppt und teilweise ermordet worden.

### Zwischenfall in Großlichtersfelde.

20. Berlin, 30. Jan. Eine etwa 300 Mann starke Truppe der Freiwilligenabteilung Haupt hatte sich in Hannover, ausgeführt durch den Kompanieführer, Leutnant Tornau, vom Truppenteil entfernt, weil die Kompanie einen neuen Führer, einen Hauptmann bekommen sollte. Leutnant Tornau sammelte einen Teil der Leute in Berlin zu einem selbstständigen Verband, um sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die wiederholte Aufforderung, sich einem größeren Freiwilligenverbande anzuschließen, wurde abgelehnt. Gestern vormittag um 9 Uhr wurde die Abteilung Haupt, wie bereits kurz berichtet, in Lichtersfelde Ost verladen. Leutnant Tornau, der sich am 28. d. Mts. selbst zum Oberleutnant und einen Führer seiner Kompanie zum Leutnant befördert hatte, hatte sich mit seinen Leuten in einem Restaurant am Bahnhof Großlichtersfelde-Ost einquartiert. Bei Hebereken zu denen es kam, fielen einige Schüsse. Ein Unteroffizier und ein Mann von der Abteilung Haupt wurden schwer verwundet und starben bei der Einlieferung ins Lazarett. Auf Befehl der Regierung wurden sämtliche Leute der Abteilung des Leutnants Tornau entwaffnet.

### General von Winterfeldt bleibt nicht.

21. Berlin, 30. Jan. General v. Winterfeldt hat sich nicht bereit gefunden seinen Austritt aus der Waffentillandskommission, den er als Protest gegen das Verhalten der Entente erklärt hatte, zurückzunehmen.

### Forderung der Befähigung hoher Marineoffiziere.

22. Berlin, 30. Jan. Der 2.er Ausschuss des Reichsmarineamts verlangt von der Volksregierung die sofortige Verfassung des kommandierenden Admirals des Marinekorps, v. Schröder, des Geh. Marine-Oberkriegsgerichtsrats Küster und des Korvettenkapitans Wegener. Er befähigt die genannten Offiziere, eigenmächtig, aber nicht trotzdem Admiral v. Schröder im Großen Hauptquartier von dem Amnestierlaß über politische Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erschießung zweier Matrosen dringend befahlen und mit allen Mitteln herbeigeführt zu haben.

### Die erste Sitzung der österreichischen Konstituante.

23. Wien, 30. Jan. Die erste Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung für Deutsch-Österreich dürfte voraussichtlich am Dienstag den 4. März in Wien abgehalten werden.

### Frankreich gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs.

24. Genf, 30. Jan. Nach wie vor macht sich in der französischen Öffentlichkeit eine starke Strömung gegen den Anschluß der deutsch-österreichischen Republik an Deutschland geltend. „Journal des Debats“ will jetzt die Gültigkeit der österreichischen Wahlen nicht anerkennen. Durch die Einräumung des Wahlrechts an die in Österreich lebenden Reichsdeutschen, ist nach Ansicht des Blattes zu befürchten, daß die Zustimmung über den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland gefälscht werden könnte.

### Müchters Wilsons nach Amerika.

25. Amsterdam, 30. Jan. Aus Paris wird dem „Handelsblad“ gemeldet, daß der amerikanische Kreuzer „New Mexico“ in West angekommen ist, um Wilson nach Amerika zurückzubringen. Nach 14-tägiger Abwesenheit wird Wilson wieder nach Paris zurückkehren.

26. Berlin, 30. Jan. Die Preussische Regierung veröffentlicht folgendes: Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember vorigen Jahres ist darauf hingewiesen, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preussische verfassungsgebende Versammlung bestimmt werde und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszulösen, mit Nachdruck entgegengetreten sei. In diesem Standpunkt hat die Preussische Regierung gelegentlich der stattgehabten Verhandlungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollem Umfang festgehalten. Zudem wird dieses zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklich entgegenzutreten werden.

27. Berlin, 29. Jan. Von den unerhörten Missetaten, die in den französischen Gefangenenlagern herrschen, gibt folgende Genser Meldung des „A.-M.“ eine Vorstellung: Das Pariser Blatt „L'œuvre“ veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Chefs eines großen Kriegsgefangenenlagers bei Cercatte: „Wenn der sträfliche Miß-

brauch mit den für die Schweine bestimmten Speiseresten nicht aufhört, die man in schlecht verstandenen Mitleid den Deutschen und Österreicher vorsetzt, werde ich mich veranlaßt sehen, alle Schweine zu verkaufen und ihre französischen Soldaten mögen dann über mangelhafte Ernährung klagen.“ Der Tagesbefehl trägt das Datum vom 19. Januar 1919.

28. Berlin, 30. Jan. Nachdem der Deutschen Waffentillandskommission bekannt geworden ist, daß die Gasanlagen der Thyssenschen Stahlwerke in Straßburg von den franz. Behörden unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind, hat sie in Spaa gegen diese neue Verletzung des Waffentillandsabkommens Protest eingelegt. Der südbadische Warenverkehr ist durch die Besetzung von Kohl stark gefährdet worden. Die Deutsche Waffentillandskommission hat Schritte unternommen, um die Benutzung des Kohler Kohlenhafens und den Warenverkehr mit Kohl und dem badischen Hinterlande auch weiterhin zu sichern.

### Ein politisches Verwandlungsgenie.

Ein Chamäleon und eine gut gebaute Wetterfahne vertragen gänzlich, wenn man beide als Vergleichsobjekte gegenüber einem Pfarrrer Traub anwenden wollte, der vor einigen Jahren bekanntlich sich zum fortschrittlichen Landtagsabgeordneten für Teltow-Beeskow wählen ließ, der es dann fertig brachte, als Agitator in den Dienst der Vaterlandspartei zu treten, ohne sein Mandat seinen bisherigen Wählern zur Verfügung zu stellen, und der nun bei den jetzigen Wahlen zur Nationalversammlung in demselben Wahlkreise Teltow als Kandidat des reaktionären Reichsmajors und der Antisemiten an erster Stelle aufgestellt und gewählt wurde. Vor seiner Wahl zum preussischen Landtag warb er um die Gunst der jüdischen Wähler; bei der jetzigen Wahl hatte er nichts dagegen, daß zu seinen Gunsten die schmutzigste antisemitische Agitation, einer der ärgsten, die jemals in einem Wahlkreise vorkam, entfaltet worden ist, ja, er beteiligte sich selbst daran.

Nach der Niederlegung seines Mandats sprach die „Post“, Zg., die Hoffnung aus, daß die „wertvolle Persönlichkeit Traubs der freirechtlichen und liberalen Sache weiter erhalten bleibt“, und daß „das Ende dieses Krieges, das uns ja endlich wieder normale innerpolitische Verhältnisse bescheren wird, das Band zwischen Traub und seinen Freunden wieder knüpfen“ werde. Diese Hoffnung ist auf das bitterste enttäuscht worden. Noch zu Ostern v. J. sprach ein Blatt die Vermutung aus, daß Herr Traub sich den Nationalliberalen anschließen werde. Nun ist er weiter nach rechts gegangen. Heute verwendet die konservative Partei den „modernen Helden“ als Aushängeschild für ihre „christliche Weltanschauung“. Und Sie lassen sich dazu mißbrauchen, obwohl Sie doch als Mann der Wissenschaft und freien Forschung“ ihre Überzeugung nicht eines Mandats wegen geändert haben könnten. Inzwischen ist ja Herr Traub in sein früheres kirchliches Amt in Dortmund wieder eingesetzt worden, nachdem ihm der „Reichsbote“ bereits im Juli 1917 das Zeugnis ausgestellt hatte, daß er mit den Jahren besonnen und reifer auch in seinen religiösen Anschauungen zu werden scheine. Zur Kennzeichnung der Reise seiner religiösen Anschauungen wollen wir nur zwei seiner Ausrufungen in Versammlungsreden wiedergeben. Im November 1917 erklärte er in einer Versammlung im Evang. Vereinshaus in Herford: „Sollten wir uns nicht bekümmern, daß es Gott auch einmal satt haben könnte, unser Volk mit fliegenden Fahnen von Erfolg zu Erfolg zu führen, da es so wenig dankbar und so ungeduldig ist?“ Und im Juli 1918 sagte er als Referent der Vaterlandspartei in einer Rede in Dietrichshausen bei Gummerbach: „Alles auf Erden durch einen obersten Schiedsgerichtshof regeln zu wollen, heißt sich an Gottes Stelle setzen zu wollen. Die Opfer des Krieges verbürgen viel eher den Sieg der Gerechtigkeit, als irgend ein Advokaten-spruch. Mehr Glaube an Gottes Willen tut not!“ Herr Traub scheint also weit eher an den Gott der gepanzerten Faust, als an den der Gerechtigkeit zu glauben. Wie sehr muß er heute von der Gerechtigkeit der Sache unserer Feinde überzeugt sein, nachdem der Gott seiner Vorstellung den Krieg durch die Tanks zu deren Gunsten entschieden hat!

Und genau dieselbe haarsträubende Logik wie bei dem Theologen Traub können wir bei dem Politiker Traub konstatieren. Material in dieser Hinsicht steht uns in fast unergründlicher Menge zur Verfügung; wir legen aber schon aus Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum von einem näheren Eingehen auf den Inhalt der vielen von ihm zum Zwecke der Kriegshetze und der Kriegsverlängerung gehaltenen Reden ab. D. K.

### Wahlenden der Konservativen.

Alle konservativen Gruppen zusammen zählten im Reichstag von 1907 105 Mandate, im Reichstag von 1912 70 Mandate. Sie haben jetzt für die Deutsche Nationalversammlung 40 Mandate erhalten. Trotzdem schreibt jetzt der antisemitische Reichstagsabg. Prof. Werner-Siepen am 28. Januar in der alldeutschen „Deutschen Zeitung“: „Wir Deutschenationalen haben gut abgelehnt... Wir marschieren.“ Wie die obigen Zahlen ergeben, marschieren die Konservativen allerdings, aber rückwärts. L. C.

### Neueinteilung Deutschlands.

Die Meldungen verschiedener Blätter, daß die Reichsregierung für die Neugliederung des Reiches in Freistaaten bereits einen festen Plan habe, wonach Preußen

in acht Republiken zerlegt werden soll, ist in dieser Form unzutreffend. Die Reichsregierung hat sich noch auf keinerlei konkretes Projekt festgelegt. Sie will allerdings bei der Entscheidung der Frage antragend und leitend auftreten, hat aber nicht die Absicht, einen Volksentscheid eine bestimmte Lösung gegen seinen Willen aufzuzwingen. Das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen deutschen Staaten und Landschaften soll durchaus gewahrt werden. Lediglich als provisorische Grundlage für die Bildung des geplanten Staatenhauses hatte das Reichsamt des Innern ein Projekt ausgearbeitet, wonach bis zur endgültigen Neubildung der Freistaaten folgende Gebiete des Reiches Abgeordnete in das Staatenhaus entsenden sollten:

1) Preußen bestehend aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, sowie dem Regierungsbezirk Bromberg mit 4 1/2 Millionen Einwohnern, 5 Abgeordnete; 2) Schlesien, bestehend aus der Provinz Schlesien, dem Regierungsbezirk Posen, dem Sudetenland und Oberschlesien, 7 1/2 Millionen Einwohner, 8 Abgeordnete; 3) Brandenburg, bestehend aus der Provinz Brandenburg (ohne die zu den Verbänden Groß-Berlin gehörenden Teile), der Provinz Pommern, der Altmark und den beiden Neuenburger mit 5 Millionen Einwohnern, 5 Abgeordnete; 4) Berlin, bestehend aus dem zum Verbände Groß-Berlin vereinigten Stadt und Land mit 4 Millionen Einwohnern, 4 Abgeordnete; 5) Niedersachsen, bestehend aus den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, Oldenburg mit dem Fürstentum Lüneburg und Braunschweig mit 5 1/2 Millionen Einwohnern, 6 Abgeordnete; 6) die drei Hansestädte mit annähernd 1 1/2 Millionen Einwohnern, 2 Abgeordnete; 7) Obersachsen, bestehend aus dem ehemaligen Königreich Sachsen, dem Regierungsbezirk Merseburg, dem Regierungsbezirk Magdeburg ohne die Altmark, Anhalt und den südlich angrenzenden Teilen von Deutsch-Vöhmen, mit annähernd 8 Millionen Einwohnern, 8 Abgeordnete; 8) Thüringen, bestehend aus den thüringischen Staaten sowie dem Regierungsbezirk Erfurt und dem Kreis Schmalkalden mit 2 Millionen Einwohnern, 2 Abgeordnete; 9) Westfalen, bestehend aus der Provinz Westfalen, dem Kreis Schamberg, den beiden Lippe mit Paderborn mit 4 Millionen Einwohnern, 4 Abgeordnete; 10) Hessen, bestehend aus der Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Schamberg und Schmalkalden), dem Kreis Wehlar, dem ehemaligen Großherzogtum Hessen sowie Waldeck mit 4 Millionen Einwohnern, 4 Abgeordnete; 11) Rheinland, bestehend aus der Rheinprovinz (ohne den Kreis Wehlar), dem Fürstentum Bielefeld und der bayerischen Pfalz mit 8 Millionen Einwohnern, 8 Abgeordnete; 12) Bayern, bestehend aus dem ehemaligen Königreich Bayern ohne die bayerische Pfalz sowie dem Egerland und den südlich davon angrenzenden Teilen Deutsch-Böhmens mit 7 Millionen Einwohnern, 7 Abgeordnete; 13) Württemberg, bestehend aus dem ehemaligen Königreich Württemberg und dem Regierungsbezirk Sigmaringen mit 2 1/2 Millionen Einwohnern, 3 Abgeordnete; 14) Baden mit 2 Millionen Einwohnern, 2 Abgeordnete; 15) Deutsch-Österreich, bestehend aus Tirol, Nieder- und Oberösterreich ohne Wien, Steiermark, Deutsch-Kärnten und Salzburg mit 5 Millionen Einwohnern, 5 Abgeordnete; 16) Wien, mit 2 Millionen Einwohnern, 2 Abgeordnete, zusammen 75 Abgeordnete.

Auch diese Uebersicht ist in den Entwürfen der neuen Verfassung nicht aufgenommen worden, weil der Ansehen vermieden werden sollte, als wolle man von oben her die Regelung einfach dekretieren. Man kann annehmen, daß auf der Konferenz der einzelstaatlichen Regierungen am kommenden Samstag gerade diese Frage einen Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden wird.

## Herford und Minden-Ravensberg.

31. Januar.

### Der Abbau der Löhne.

Die Funktionäre und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei beschließen nach einer Besprechung über die wirtschaftliche Lage folgende Resolution: „Wenn unsere Industrie und das ganze Geschäftsleben wieder in geordneten Gang kommen sollen, ist es in erster Reihe notwendig, die Arbeitslöhne so abzubauen, daß sie den Löhnen der mit uns konkurrierenden Länder entsprechen, um so der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen aber auch die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel so herabgesetzt werden, wie sie der Lage des Weltmarktes entsprechen. Die Verammlung erklärt, daß sie die Regierung, zu der sie volles Vertrauen hat, auf diesem Wege vorwärts treiben will, um so schnell wie möglich zu geordneten Zuständen zu kommen.“

### Kartoffeln nur gegen Kohlen.

Ein Ersuchen um bessere Kartoffellieferung von Bochum beantwortete der Vorsitzende des Kreisamtsausschusses in Osterburg (Vieringenskreis) wie folgt: „Eine vermehrte Kartoffellieferung nach dort kann vorerst noch nicht erfolgen, da dem hiesigen Kreis Notstandslieferungen aufgegeben sind, die zunächst erfüllt werden müssen und wegen der schlechten Witterung jetzt nur wenig Kartoffeln verladen werden. Auch muß ich es ablehnen, die rheinisch-westfälischen Bedarfskreise bevorzugt zu beliefern, da die Kohlenlieferungen von dort jetzt so mangelhaft ist, daß die Folgen davon für den dringenden notwendigen Ausbruch, den Hubschlag und den Hausstand noch nicht zu übersehen sind. Es wäre sehr dankenswert, wenn die rheinisch-westfälischen Industriestädte auf die Bergarbeiter einwirken und ihnen klar machen könnten, wie es steht, wenn die Landwirte wegen Kohlenmangel nicht mehr in der Lage sind, zu dreifachen, die Ackerpferde mit Winterreifen zu versehen und wenn sie im kalten sitzen müssen.“

— **Erhöhung des Zeitungspreises.** Infolge der erneut sehr stark gestiegenen Unkosten der Zeitungsbetriebe haben die „Herforder Zeitung“ und das

„Herforder Kreisblatt“ ihren Inkubaten-Beilenpreis auf 30 Pfg. (für Herford und Umgebung) bzw. 40 Pfg. (für außerhalb) erhöht.

— **Bestimmungen über die Kündigung von Angestellten** sind am 24. Januar vom Mobilmachungsamt erlassen worden. Falls einem Angestellten seit dem 1. November 1918 zu einem Zeitpunkt bis zum 28. Februar 1919 einschließlich gekündigt worden ist, ist die Kündigung unwirksam, wenn ihre Zuriicknahme innerhalb zweier Wochen nach dem Inkrafttreten der genannten Verfügung von dem Angestellten bei seinem Arbeitgeber verlangt wird. Dieses Recht steht dem Angestellten nicht zu, wenn eine Weiterbeschäftigung mit Rücksicht auf diese Verhältnisse des Betriebes abgelehnt werden kann, oder wenn die Kündigung auf Verweisung der Demobilisierungsorgane oder im Einverständnis mit dem zuständigen Angestelltenausschuß erfolgt.

— **Kohlen für Herford unterwegs.** Wir erhalten von der Ortskohlenstelle Herford-Stadt die Nachricht, daß nach Mitteilung der Westfälischen Handelskammer in Dortmund für die Stadt Herford ein Kahn mit 10 600 Zentner Kohlen nach Motho unterwegs ist. Die Kohlennot soll dadurch für einige Zeit behoben werden.

— **Reisen ins besetzte Gebiet.** Die Deutsche Waffentillandskommission teilt mit: In Wiederholung einer gestrigen Mitteilung wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Zug Berlin-Spa zur Reise nach Wien und darüber hinaus nur von Personen benutzt werden darf, die im Besitz eines ordnungsgemäßen Einreisepasses für das besetzte Gebiet sind. Andernfalls setzen sich die Reisenden nicht nur der Gefahr einer Verhaftung durch die englische Besatzungsbehörde aus, sondern sie tragen auch die Schuld, wenn die für die Benutzung des Zuges seitens der Engländer gewährten Erleichterungen rückgängig gemacht werden.

— **Verlängerung der Meldefrist für entlassene Kriegsteilnehmer.** Die in der bekannten Verordnung des wirtschaftlichen Demobilisationsamtes vom 4. Januar 1919 über die Einstellung usw. gewerblicher Arbeiter für die in ihre alten Stellen zurückkehrenden Arbeiter auf den 28. Januar festgesetzte Meldefrist ist durch eine neue Verordnung bis zum 5. Februar verlängert worden. Für Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden, beginnt die Meldefrist erst mit dem auf ihre ordnungsmäßige Entlassung folgenden Tage.

— **Die Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte.** Die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt: Die Kosten für die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sind zunächst den Gemeinden auferlegt worden. Die Aufwendungen sind verschieden, weisen aber in manchen Fällen eine erhebliche Belastung der einzelnen Gemeinden auf, und verschiedene ist die finanzielle Wirkung darauf, daß die Finanzen einzelner Gemeinden dadurch empfindlich berührt werden. Ueber die Erstattung dieser Ausgaben durch das Reich sind bisher allem Anschein nach noch keine Bestimmungen getroffen; es muß indes ohne Zweifel als eine Pflicht des Reiches angesehen werden, diese Aufwendungen den in Betracht kommenden Gemeinden zurückzuerstatten. Die Gemeindefinanzen sind ohnedies durch die Ausgaben für Zwecke der Kriegsfürsorge in schweriger Verfassung, und es läßt sich heute noch nicht im entferntesten übersehen, in welcher Weise eine Abkürzung der angelegten Summen und der dafür zu leistenden Zinsen erfolgen kann. Es ist nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse aus geschlossen, daß die neue Belastung mit Entschädigungen für die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Gemeinden übernommen werden könnte.

— **Der Musikverein veranstaltet morgen, Sonntag, 7 Uhr pünktlich, in der Aula des Friedrichs-Gymnasiums einen Unterhaltungsabend,** dessen reichhaltiges Programm Damen und Herren des Vereins bestreiten. A capella Chöre, Männerquartette wechseln mit Vokal- und Instrumentalvorträgen ab. Passive und nichtsingende Mitglieder sowie Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen. Programme zu 50 Pfg. an der Abendkasse berechtigen zum Eintritt.

— **Brinkmanns Theater.** „Mit Heidelberg“ wurde gestern Abend aufgeführt und mit großem Beifall aufgenommen. Herr Max Höffel spielte den Erbprinzen Karl-Georg, Fräulein Lotte Nielsen die Königin, beide voll Wärme und Empfindung. Besonders schön zum Ausdruck gebracht waren die beiden Abschiedsszenen zwischen Käthe und Karl-Georg. Die Zuschauer spendeten beiden lebhaften Beifall. Auch die übrigen Personen wurden ihrer Aufgabe gerecht. Den Besuch des Theaters können wir nur wärmstens empfehlen.

## Aus Nachbarschaft und aller Welt.

28. Essen, 30. Jan. Bei der Versendung von zurückgeführten Heeresgut — es handelt sich um 360 Millionen Zigaretten, 400 Millionen Zigaretten und 200 000 Liter Branntwein im Werte von 60 Millionen Mark, das in Essen lagert — kam es zwischen Vertretern der Stadt Essen und einem Vertreter der Intendantur Münster zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Intendantur Münster verlangt die Herausgabe der hier lagernden Waren, um sie dem Soldaten und der Volkswehr zu Einstandskosten abzugeben. Die Vertreter

Offen er-  
meinheit  
Waffen-  
haltung  
mit dem  
schwerde-  
fin gewo-

27. B.  
der für d  
Weimar  
weit gere  
hachles M  
kommen  
den, in  
Frühling  
halten  
zeiten  
behördlich  
haben M  
bringen.  
sowie au  
rungsver-

Berlin,  
von dem  
steht in  
ist der Z  
sich über  
sich gern  
war aus  
eben so  
Blätter.

Die „P  
ganzens,  
nach ergr  
nes rasch  
losen Stä  
bis in die  
Klassentr  
Soldaten,  
Kriegsgefi  
tracht. Ju  
tobt der  
lose Ohnm  
rettungslo  
Verfloren  
die Zeitung  
Angelegen  
sch seinem  
Bällen um  
alle die an  
Auffahrt  
dem Boden  
in einem  
Woche nie  
Der Teuf  
unbekimm  
Winkel em  
Tag him  
furchtbare  
das so la  
sich an  
sich an  
dem Geste  
kommen  
letzten H  
Großstädte

Ein  
besproch  
Straß dur  
Rahn und  
Bei einer  
Leute ins  
Man hatte  
aus der I  
mannshau  
sch als  
auffüllte,  
daher das  
Transport  
geleitet.  
unglücklic  
bevorzue  
fragte Ra  
Einrichtu  
Straß dur  
den Wey  
lyn an.  
Straß an.  
„Ach was  
befahl den  
mit 4 S  
streden.  
Seite war  
hat, wie  
fahren in  
überwache  
hat den  
offenbar  
ihm über  
stelle. G  
handelt, i  
Büchle nur  
derbare C  
mang der  
mehr die  
K. und 2

Der J  
berg, Pof  
hält, hat  
es gesche  
es wurde  
Breslau d  
daß ihm  
Prozent v  
erzogen, u  
Prozent d  
dazu best  
Reichsgefi

aten - Zeilen-  
Umgebung)  
ndigung von  
vom Mobil-  
s einem An-  
8 zu einem  
einschließlich  
igung unwir-  
chalt zweier  
er genannten  
cht steht dem  
weiterbeschäft.  
nisse des Be-  
er wenn die  
obilmachung  
dem zustän-  
Wir erhalten  
ndt die Nach-  
rt. Kohlen.  
r die Stadt  
r Kohlen nach  
oll dadurch

Die deutsche  
In Wieder-  
nd nochmals  
Berlin - Spa-  
aus nur von  
n Besitz eines  
das besetzte  
ung durch die  
ern sie tragen  
Benutzung des  
rien Erleich-  
alle entlassene  
nten Verord-  
chungsamtes  
stellung ufm.  
alten Stellen  
Januar fest-  
Verordnung  
worden. Für  
williger Mel-  
ung oder des  
beginnt die  
re ordnungs-

Soldatenräte.  
enz "schreibt  
er- und Sol-  
den auferlegt  
verschieden  
erhebliche Be-  
und verschie-  
nt, daß die  
sch empfind-  
altung dieser  
er allem An-  
getroffen; es  
Plicht des  
aufwendungen  
den zurückzu-  
nd ohnedies  
riegsfinanz-  
sticht sich heute  
in welcher  
ten Summen  
folgen kann.  
hältnisse aus-  
it Entschäd-  
träge auf die  
nte.

orgen, Sonn-  
es Friedrichs-  
end, dessen  
ren des Ver-  
nerquartiers  
ataltorträgen  
ieder sowie  
eingeladen.  
dasse berech-  
berg" wurde  
hem Beisatz  
lle den Erb-  
n die Kästle.  
Besonders  
die beiden  
Karl-Feinz-  
affen Beisatz.  
rer Aufgabe  
nen wir nur

t und  
sendung von  
ndelt sich um  
e Zigaretten  
ette von 60  
— kam es  
und einem  
zu scharfen  
tur Minister  
er Lagernde  
r Volkswehr  
e Vertreter

Offens erklärten, derartige, aus Mitteln der All-  
gemeinheit gekaufte Waren müßten auch wieder der  
Allgemeinheit zugeführt werden. Die Stadtver-  
waltung hat sich dieserhalb im Einverständnis  
mit dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat be-  
schwerend an die Volkseigenen in Ver-  
ein gewandt.

1919. Weimar, 30. Jan. Die Ernährungsfrage  
der für die Dauer der Nationalversammlung in  
Weimar beruflich anwesenden Personen ist in-  
folge der Ereignisse, als vom 2. Februar an ein verei-  
nigtes Markensystem eingeführt wird. Die An-  
kommenden erhalten für die erste Woche ein Ge-  
stehen, in dem für jeden Tag die Belegkarte ein Ge-  
stehen, ein Mittagessen und ein Abendbrot ent-  
halten sind. Die Preise für die einzelnen Mahl-  
zeiten sind in allen Gasthöfen und Restaurants  
bestimmend festgesetzt. Alle eintreffenden Personen  
haben ihre Brot-, Fleisch- und Zuckerkarte mitzu-  
bringen. Dies gilt auch für die Selbstverföhrer,  
sowie auch für die Herren Abgeordneten, Regie-  
rungsvertreter usw.

#### Berlin tanzt mit dem Tode.

Berlin, 30. Jan. Als Warnung — man weiß nicht  
von wem — war dieser Tage in Berlin ein Plakat ange-  
bracht mit der Aufschrift: „Berlin, halt ein, dein Länger  
ist der Tod!“ Ob die Mahnung von irgend einem Ein-  
zelnen stammt oder von der Regierung selbst, die  
sich gern und häufig des Plakates für ihre Zwecke bedient,  
war aus dem Anschlag nicht ersichtlich. Geht es hat  
ebenfalls wenig, wie die wiederholten Proteste einzelner  
Blätter.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Ein Taumel des Ver-  
gnügens, ein Rausch gieriger Gemütsucht hat die Mies-  
stadt ergriffen. Schüttelt sie wie in wilden Zuckungen ein-  
es rasenden Fiebers. Es ist ganz Berlin, das die zahl-  
losen Stätten des Vergnügens vom frühen Nachmittag  
bis in die späten Nachstunden befüllt. Hier sind alle  
Klassenunterschiede wirklich aufgehoben. Offiziere und  
Soldaten, Studenten und Arbeiter, Beamte und Hand-  
lungsgehilfen finden sich hier in selten geschehener Ein-  
tracht. In den Straßen Berlins rast die Revolution,  
hört der Straßen- und Häuserkampf, des Reiches wehr-  
lose Ohnmacht nicht des Feindes unerfährliche Raubgier,  
rettungslos drohen dem deutschen Volke Verarmung und  
Verflorung. Großbottschäften ohne Ende melden täglich  
die Zeilungen. Den Berliner ficht das nicht an. Der  
Angeizentanz der Zeilungen ist ihm interessanter, in dem  
sich seitensweise die Anklagen von Rostküssen,  
Bällen und Tanztees drängen. Rinos, Ballotale und  
alle die anderen Stätten öffentlicher und nichtöffentlicher  
Aufmerksamkeit sind überfüllt und täglich schienen neue aus  
dem Boden. Seit den Tagen der Revolution tollt Berlin  
in einem einzigen, auch von den Schicksalen der letzten  
Woche nicht unterbrochenen, kaum gestörten Rausch.  
Der Teufel scheint in dieses Volk gefahren zu sein, das  
unbekümmert um die eigene Not, die ihm aus jedem  
Winkel entgegenbricht, in eitel Lust und Freude in den  
Tag hinein lebt. Ist es die natürliche Reaktion des  
furchtbaren Geschehens der letzten Jahre ist es das Blut,  
das so lange gemahlte Temperament der Jugend das  
sich anwacht gegen die Vergeßlichkeit und in wildem  
Ueberflutungs sein Recht heischt, ist es das Grauen vor  
dem Gekern, das Entsetzen vor dem Morgen, von dem  
kommenden Verhängnis, das alle diese Menschen den  
letzten Rest von Vernunft vergessen läßt? (In andern  
Großstädten ist es anders!)

#### Das Todesurteil mit den 4 Siegeln.

Einen sonderbaren Ausgang hat die feinerzeit viel-  
besprochene Erschießung des Wirtschafsmannes Wehr-  
straß durch den Angeklagten des Rührer A. und S. Mates  
Rahn und den Zeugenknecht Ludwig Thill gefunden.  
Bei einer Plünderung im Rührer Garten waren 2 junge  
Leute ins Wasser geworfen und 4 erschossen worden.  
Man hatte den Wehrstraß als vermeintlichen Mörder  
aus der Menge heraus gegriffen und nach dem Deich-  
mannshaus zum A. und S. Mates gebracht. Dort meldete  
sich alsbald der Zeugenknecht Thill, der die Befragung  
aufstellte, daß Wehrstraß geschossen habe. Er mußte  
daher das Mitglied des A. und S. Mates Rahn beim  
Transport des Wehrstraß in das Gerichtsgefängnis be-  
gleiten. Schon auf der Fahrt dorthin bedrohte man den  
unglücklichen Wehrstraß, der fortgesetzt seine Unschuld  
beteuerte, mit Erschießung. Im Gefängnis angekommen,  
fragte Rahn den aufsichtsführenden Beamten, wo die  
Erschießungen stattzufinden pflegten und ließ den Wehr-  
straß durch den Thill dorthin führen. Dann stellte Rahn  
den Wehrstraß an die Wand und legte das Gewehr auf  
ihn an. Dann aufstehenden Beamten rief Wehr-  
straß zu: „Ich sterbe unschuldig!“ Thill antwortete ihm:  
„Ach was, Du Schweinehund, Du wirst erschossen!“ und  
befahl dem Rahn das „Todesurteil“, das Rahn angeblich  
mit 4 Siegeln versehen, in der Tasche trug, zu voll-  
strecken. Während sich Thill dann nach einer anderen  
Seite wandte, erschoss der Rahn den Mann. Manneß  
hat, wie die „Deutsche Journalpost“ erfährt, das Ver-  
fahren in der Mordsache auf Grund der Anwesenheit  
überwachenden Wächters gefunden. Der A. und S. Mates  
hat den Hauptangeklagten Rahn attestiert, daß er  
offenbar von der fixen Idee befallen worden sei, daß der  
im übergebene Einlieferungsgeßel ein Todesurteil dar-  
stelle. Er habe also ohne Überlegung und Vorbehalt ge-  
handelt, und somit im Verein mit dem Zeugenknecht  
Thill nur eine schuldige Tötung verübt. — Der son-  
derbare Gerichtsbeschluss hat jedoch nicht die Anerken-  
nung der Familie Wehrstraß gefunden. Diese will viel-  
mehr die Entscheidung durch einen Prozeß gegen den  
A. und S. Mates anfechten.

#### Ein demokratisches Geschäftshaus.

Der Inhaber der Firma Petersdorff, die in Königs-  
berg, Posen und Breslau große Konfektionshäuser unter-  
hält, hat das Breslauer Unternehmen seinem Personal  
geschenkt. Das gesamte Personal wurde versammelt und  
es wurde ihm mitgeteilt, daß das große Kaufhaus in  
Breslau dem Personal übergeben wird und zwar derart,  
daß ihm vom 1. Februar ab das Einlagekapital mit 6  
Prozent verzinst wird. Alle etwaigen Verluste, die sich  
ergeben, werden von dem Geschäftsinhaber getragen. 10  
Prozent des Reingewinnes fließen einem Fonds zu, der  
bestimmt ist, eine kleine Gartenstadt mit Einfami-  
lienhäusern für die Angestellten zu errichten. Die An-

gestellten, die diese Häuser bewohnen, erwerben nach 10  
Jahren das ganze Haus. Der jährliche Geschäftsgewinn  
der Firma wird in drei Teile geteilt.

Ein Jahresdrittel erhalten die Herren der Geschäfts-  
leitung, etwa 12-15 Herren und über die Art der Ver-  
teilung dieses ersten Drittels hat sich Rudolf Petersdorff  
die Entscheidung selbst vorbehalten. Das zweite Drittel  
kommt dem gesamten kaufmännischen Personal zugute  
und über seine Verteilung entscheidet ein besonderer An-  
gestelltenausschuß. Das letzte Drittel ist für das technische  
Personal reserviert, sowie für die Schneider, Schneide-  
rinnen, Heimarbeiter der Firma usw. Hierüber ent-  
scheidet ein Arbeiterausschuß. Ein Jahresdrittel betrug  
nach dem bisherigen Geschäftsgang etwa 120 000 Mark.  
Außerdem hat sich der Inhaber entschlossen, sofort einen  
Betrag von 75 000 Mark an sein etwa 200köpfiges Per-  
sonal zu verteilen und zwar in Einzellumpen von 150  
bis 500 Mark.

Der für die drei Kaufhäuser errichtete Jubiläums-  
pensionsfond von 160 000 Mark mußte sein Posen-  
er Drittel sofort an das dortige Personal zur Ausschüttung  
bringen, da das Geld sonst in die Hände der Polen ge-  
fallen wäre. Auf der Versammlung des Personals  
sprach der Sohn des Geschäftsinhabers, über die demo-  
kratischen Geschäftsrundzüge Amerikas, wo er längere  
Zeit gewohnt hat. Der Geschäftsführer des Breslauer  
Hauses, Maunberg, teilt mit, daß die Arbeiter- und An-  
gestelltenausschüsse durch vierzehntägige Geschäftsberichte  
die Angestellten über den Geschäftsgang des Unter-  
nehmens auf dem laufenden erhalten werden. Die An-  
gestellten dankten dem Inhaber für sein soziales Werk.

#### Vor dem Zusammenbruch 1806.

Von Walter v. Molo.

„Sehen Sie mir jederzeit strengstens auf die Disziplin  
des Mannes!“ sprach Friedrich Wilhelm auf dem Man-  
överfeld zu General von Tönnitz, im Kreise der still-  
stehenden Stabsoffiziere. „Die Mannschaft muß genaues-  
tens und wenn es nötig ist, mit Strafen an das Regle-  
ment gebunden sein! Von morgen ab wird die neue  
Equipierung getragen, mit den Hosen: Sie sieht um dieses  
adretter aus. Bedenken Sie sich!“ Rauschend wehten  
über den fleißigstehenden Köpfen die Generalstiefeln im  
Wind. Friedrich Wilhelm's Blick erscharrte: Oberst Jork  
vom Jägerbataillon stand wie ein Rastnachschäfer! Ein  
Fieberfrost von der Länge fast ein Meßers, von Baum-  
stärke, flatterte auf Jork's Dreispitz. „Sind Sie toll,  
Herr Oberst? Wissen Sie nicht, daß ich die Dimensionen  
des Fieberfrostes genaueres vorführe? Wollen Sie  
nicht zum Besten halten?“

„Ich dachte, Majestät, daß die Gockelschtern so wohlfeil  
sind, es macht sich „adretter“!“  
Friedrich Wilhelm's Gesicht zuckte; Todesstille; Jork's  
harter Antlitz war tropig und aufsehend. „Gott  
Ihnen,“ sprach Friedrich Wilhelm mit zuckenden Lippen  
für Ihr exzellentes heutiges Mandatieren den pour le  
merite zugeordnet; hätte das nicht von Ihnen erwartet!“  
Jork rief den Fieberfrost vom Gut. „Hätte des  
großen Königs Schlachtorden nie für ein Mandat an-  
gelegt, Majestät! Haben Sie meine Infanterietafel ge-  
prüft, die sich auf meine Kriegserfahrung und auf das  
Studium der neuen, napoleonischen Forderndheit stützt?“  
„Herr von Jork,“ sprach Herr Graf von Schmoll  
sprechen sich dagegen aus; mir dünkt die Schrift ja gut.“  
Sorgenvoll und unentschlossen sah Friedrich Wilhelm  
zu den reglosen Linien der Soldatenfronten. „Werde  
noch nachdenken.“ Jork schritt vor sein Bataillon. „Die  
Messieurs Unteroffiziere schmeißen,“ befahl er, „Ihre  
Prügelstücke sofort auf einen Haufen; das Mannschaf-  
tsprügel ist eine Schanderei.“ „Es ist königliche Vor-  
schrift, Herr Oberst!“ — „Gehorcht; wenn es Seiner  
Majestät nicht paßt, kann sie mich kassieren! Das Ba-  
taillon rückt ein links um! Marsch!“ Stumm sah der  
König und sein Kreis der eigenwillig dazugehörigen  
Truppe nach. „Sie marschieren nicht taktisch“, kritisierte  
Oberst von Massenbach, „da, sehen Sie, der am linken  
Flügel kam gerade aus dem Schritt!“ — „Jork ist ren-  
tent“, sprach Graf Kalckreuth. „Majestät, ein Exempel  
hat not!“

„Hat Sie heute gefangen,“ sprach Friedrich Wilhelm.  
Sinnend sah Schamhorst in den Sand. „Wissen Sie  
schon, daß General Mangerau zu Paris,“ sagte Kleff,  
„einen Toast ausbrachte auf den künftigen Sieg über  
Freußen?“ — „Zerf!“ sagte des Königs Schwager.  
„Schaden droht uns auch mit Krieg!“  
„Wir kriegen neue Eisen!“  
„Und haben von morgen ab sechsundsechzig Schritte  
in der Minute zu machen, statt der bisherigen fünf-  
undsechzig!“  
„Was kann uns also geschehen?“

„) Studie zum zweiten Bande der Roman-Trilogie:  
„Ein Volk wacht auf.“

#### Großzügige Wohnungsfürsorge der Stadt Mannheim.

Zur Beseitigung der immer größeren Umfang  
annehmenden Wohnungsnot hat die Stadt Mann-  
heim eine Reihe von nachschaffungswerten Kriegs-  
maßnahmen getroffen, welche auch für die kom-  
mende Uebergangs- und Friedenswirtschaft nicht  
ohne große Bedeutung sein werden. Abgesehen  
von der Errichtung eines Wohnungsamtes bewil-  
ligte der Bürgerausschuß zunächst die Summe von  
500 000 A zur darlehensweisen Gewährung von  
Beisüssen und zur Bestreitung der Umbaufkosten  
bei der Errichtung von Dachstuhlwohnungen und  
beim Umbau gewerblicher und anderer Räume zu  
Wohnungen. Die Stadtgemeinde errichtet Not-  
wohnungen in eigenen dafür geeigneten Gebäuden,  
sowie in fremden Gebäuden, die ihr dafür lei-  
der miethweise überlassen werden. Ferner wurden  
zur Förderung des Bodenverkehrs für den Klein-  
wohnungsbau weitere Erleichterungen beschlossen.  
(Nachlaß der Straßensolken.) Von finanziell be-  
sonders einschneidender Bedeutung ist die Betei-  
ligung der Stadtgemeinde an der hauptsächlich  
von Mannheimer Industrieunternehmen gegründeten  
Siedlungsgesellschaft m. b. H. Mit der Sie-  
lungsgesellschaft soll ein Erbbaupachtvertrag ab-  
geschlossen und ihr größeres Gelände aus städtischem  
Eigentum zur Verfügung gestellt werden. Wie im

Kauf der Beratungen bekanntgegeben wurde, hat  
sich die Regierung bereit erklärt, ungefähr ein  
Drittel ihres Geländes in der Unteren Mäglau  
zum Preise von 5,80 A pro Quadratmeter an die  
Stadt zu überlassen. Der Kaufpreis ist auf 20  
Jahre gestundet. Die Domäne ist der Stadtver-  
waltung sehr weit entgegengekommen. Die Re-  
gierung hat eine Beteiligung an dem Risiko im  
Betrage von 2 Millionen Mark zugesagt — un-  
gefähr die Hälfte dessen, was die Stadtverwaltung  
wollte. Das Kriegsamt hat für 600 Häuser die  
Genehmigung erteilt. Im Laufe des Winters sol-  
ten etwa 1600 Wohnungen beschafft werden. Es  
werden zweistöckige Häuser mit je vier 1- bis 4-  
Zimmerwohnungen mit Wohnküchen errichtet.  
Die Stadt wird den Vertrag nur unter der Be-  
dingung eingehen, daß ihr die Hälfte des Risikos  
von anderen Stellen abgenommen wird.

Zur hiesigen Erschließung der 18. Sandge-  
wann wurden 643 870 A bewilligt. Der Garten-  
heim-Vereinsgesellschaft soll im Stadtteil Jendenheim  
auf die Dauer von 60 Jahren im Erbbaupachtvertrag  
ein Gelände überlassen werden. Von städ-  
tischen Bauplänen sollen in Kärfertal für die Er-  
bauung von Kleinhäusern 17 025 Quadratmeter  
zu 3 A verkauft werden. Besondere Anerkennung  
finden schließlich die Vorschläge von Oberbürger-  
meister Dr. Rupp zur Frage eines Reichs-  
schiffes und einer Mietzinsregelung. Die Durch-  
führung der geplanten Maßnahmen erfordert ge-  
waltige einmalige und fortlaufende finanzielle  
Opfer, verspricht aber eine legerische Wirkung  
sowohl für die Lebenden wie für die kommenden  
Geschlechter.

E. F.

#### Vertreter der Arbeiterkraft in den Gemeinde- und Stadträten in Baden.

Die badische vorläufige Volksregierung hat an-  
geordnet, daß in Gemeinden mit mehr als 1000  
Einwohnern, in welchen die Arbeiterkraft im  
Gemeinde(Stadt-)rat keine Vertretung besitzt, der  
Gemeinde(Stadt-)rat auf Antrag des örtlichen  
Volksrats sich durch Zuwahl von bis zu zwei weite-  
ren Mitgliedern ergänzen kann. Wird dahin-  
gehenden Anträgen, obwohl sie nach den obwalten-  
den Verhältnissen begründet erscheinen, vom Ge-  
meinde(Stadt-)rat nicht oder hinsichtlich der Per-  
sonen in ungeeigneter Weise entprochen, so wer-  
den auf erhobene Beschwerden die weiteren Mitglie-  
der vom Ministerium des Innern ernannt oder  
die erforderliche Aenderung der Ernennung ver-  
fügt. Durch diese mit Gesetzeskraft erlassenen Vor-  
schriften soll den Mißlichkeiten abgeholfen wer-  
den, die in einer Anzahl von Gemeinden dadurch  
entstanden sind, daß von der Arbeiterkraft eine  
Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinde-  
(Stadt-)rats verlangt wurde, von der Gemeinde-  
behörde aber als gesetzlich unzulässig abgelehnt  
werden mußte. Die Regierung erwartet, daß die  
neuen Vorschriften bei einem von Verständnis für  
die Forderungen der Zeit getragenen Entgegen-  
kommen der Gemeindebehörden und bei dem ernst-  
lichen Willen erproblicher Mitarbeit auf Seiten  
der Arbeiterkraft sich ohne Schwierigkeiten wer-  
den durchführen lassen.

Eine ähnliche Verordnung wurde auch bezüg-  
lich der Zusammenfassung der Bezirksräte erlassen.  
Das Ministerium des Innern kann für jeden  
Amtsbezirk ein weiteres Mitglied des Bezirksrats  
ernennen, um der Arbeiterkraft die Mitwirkung  
bei der Tätigkeit des Bezirksrats zu ermöglichen.  
Die Bezirksämter sind beauftragt worden, alsbald  
zur Verfertigung des Bezirksrats geeignete Per-  
sonen in Vorschlag zu bringen.

E. F.

#### Beiswerden

Aber unregelmäßige und unpraktische Zustellung  
unseres Blattes bitten wir sofort an unsere  
Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 88)  
zu richten.

#### Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land

Verantwortlich für den Text- und Inseraten-  
teil: R. Kühle, Herford.

#### Bekanntmachung.

Der Verkauf von Altbekleidung findet in der Woche  
vom 3. Februar bis 8. Februar 1919 im Rathaus, Zim-  
mer Nr. 107 wie folgt, statt:

Am Montag, den 3. Februar 1919, von 8-4 Uhr  
nachmittags für Personen, deren Namen mit den Buch-  
staben A-M beginnen, von 4-5 Uhr G-H, von 5-6  
Uhr J-N.

Am Donnerstag, den 6. Februar 1919, von 8-4 Uhr  
für Personen deren Namen mit den Buchstaben N-O  
beginnen, von 4-5 Uhr R-S, von 5-6 Uhr P-Q.

Herford, den 31. Januar 1919.

Der Magistrat.

#### Bekanntmachung.

Es ist in Aussicht genommen, die noch verfügbaren  
Garmengen prozentual an diejenigen Familien zu ver-  
teilen, die J. St. ihre Eintragung in die Rundenliste ver-  
füllt haben, oder es jetzt bei der Verteilung unter-  
lassen haben, das Garm von dem Kleinhändler abzu-  
holen. Die hierdurch in Frage kommenden Personen,  
die noch nicht auf Grund ihrer Meldung im Rathaus in  
Listen eingetragen sind, können sich in der Zeit vom  
3. bis 5. Februar in den Vormittagsstunden von  
9 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 34 melden.  
Spätere Meldungen können unter keinen Umständen be-  
rücksichtigt werden.

Herford, den 30. Januar 1919.

Der Magistrat.

#### Aenderung des Fluchlinienplanes der A-Z-Straße, Verbindung zwischen Mindener- und Werrestraße.

Der Fluchlinienplan der A-Z-Straße, Verbindung  
zwischen Mindener- und Werrestraße, ist durch Beschluß  
der städtischen Körperschaften vom 20. Dezember v. J.  
und 24. d. Mts. abgeändert worden. Der Plan liegt  
gemäß der §§ 7 und 10 des Fluchliniengesetzes vom 2.  
Juli 1875 vom 31. d. Mts. bis einschl. 28. n. Mts. auf  
dem Stadtmeynante, 2. Obergeschloß Zimmer 81, zu Jedem-  
manns Einsicht aus. Einwendungen gegen die Aenderung  
des Planes können während der angegebenen Ausschluss-  
frist bei uns angebracht werden.

Herford, den 28. Januar 1919.

Der Magistrat.

#### Aufhebung des Fluchlinienplanes über die F-Z-Straße in der Nähe der Kopschischen Fabrik an der Bunderstraße.

Durch Beschluß des Magistrats vom 5. November  
v. J. und 14. d. Mts., sowie der Stadtverordneten vom  
24. d. Mts. ist der Fluchlinienplan über die F-Z-Straße  
in der Nähe der Kopschischen Fabrik an der Bunderstraße  
aufgehoben worden. Der Plan liegt gemäß der §§ 7  
und 10 des Fluchliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom  
31. d. Mts. bis einschl. 28. n. Mts. auf dem Stadtmeyn-  
ante, 2. Obergeschloß Zimmer 81, zu Jedermanns Ein-  
sicht aus. Einwendungen gegen die Aufhebung des Pla-  
nes können während der angegebenen Ausschlussfrist bei  
uns angebracht werden.

Herford, den 28. Januar 1919.

Der Magistrat.

#### Corbid

Wir haben eine größere Menge Karbid vor-  
rätig und kann derselbe in folgenden Geschäften  
bis auf Weiteres freihändig gekauft werden:  
bei August Bruchmann, Väderstr.; Heinrich Guse-  
mann, Lüderstr.; Heinrich Riemann, Brüderstr.;  
Germann Coramann, Göbenstr.; Heinrich Gerling,  
Bügelstraße.

Herford, den 29. Januar 1919.

Der Magistrat.

#### Marmelade

Die Marmeladenmarke 8 wird hiermit für den  
Landkreis Herford in Kraft gesetzt.  
Die Marke ist gültig für die Zeit vom 6.-12. Fe-  
bruar 1919. Auf die Marmeladenmarke 8 gelangen von  
den für die Abgabe zugelassenen Geschäften 8 Pfund  
Marmelade zur Ausgabe.

Herford, den 30. Januar 1919.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

#### Reks oder Zwieback.

Die Marke 4 für Reks oder Zwieback wird für den  
Landkreis Herford mit Wirkung vom 3. Februar 1919  
in Gültigkeit gesetzt.  
Auf jede Marke sind 250 Gramm Reks oder Zwieback  
abzugeben. Die Marke wird mit dem Ablauf des 15.  
Februar 1919 ungültig. Die Kleinhändler haben bis  
zum 19. Februar 1919 die Marken nach hier einzureichen.  
Herford, den 30. Januar 1919.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

#### Leuchtmittel

Die Ausfuhr des Petroleum's für Februar ist be-  
endet. Auf die Leuchtmittelmartke 6 gelangt ein  
Liter zur Ausgabe. Sie wird mit dem 15. Februar 1919  
ungültig. Die Kleinhändler haben die Marken bis  
zum 18. Februar einzureichen unter Angabe des Be-  
standes an Petroleum.

Herford, den 28. Januar 1919.

Der Kreisausschuß, Abt. Leuchtmittel.

#### Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 1. Februar, vormittags  
10½ Uhr, wird unser Syndikus in der Handels-  
kammer, Herforderstraße 1, über die am 27. Ja-  
nuar d. J. in Kraft getretene Verordnung, betr.  
die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der  
Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen  
Demobilisierung vom 24. Januar 1919, Bericht  
erstatten.

Zu dieser Berichterstattung werden die Firmen  
unseres Bezirks hiermit eingeladen.

Viele feld, den 31. Januar 1919.

#### Die Handelskammer.

Kommernrat Paul Delius, Vorsitzender.  
Dr. Frhr. v. Wiseraden, Syndikus.

#### Steuern und Schulgelde

Mr das IV. Vierteljahr 1918 (Januar-März 1919)  
und vom 3.-14. Februar, vormittags von  
8-12½ Uhr, zu entrichten.

Wer bei der Zahlungsabfertigung nicht lange  
warten und keine Zeit versäumen will, der zahle  
in den ersten Sebetagen.

Herford, den 31. Januar 1919.

Kämmereikasse.

#### Kriegsfamilien-Unterstützungen

werden Sonnabend, den 1. Febr. 1919, von  
vormittags 8½ bis nachmittags 1 Uhr  
ausgezahlt:

Zahlungsliste Nr. 1 bis 2200 am Schalter 9  
Nr. 2201 bis 4400 am Schalter 8  
Die Auszahlung erfolgt nur an obigem  
Tage u. an den Empfangsberechtigten selbst.  
Wird die Unterstützung monatlich abgehoben,  
dann hat solches nur am 16. jeden Monats zu  
erfolgen.

Einzahlungen, welche an die Hebestelle zu  
leisten sind (Steuern usw.), können an diesem  
Tage nicht erfolgen.

Herford, den 29. Januar 1919.

Kämmereikasse.

Moissi  
kommt!

Sie aus dem  
Feld zurück,  
haben die Fellenhauerer wieder  
angenommen.  
G. Querl,  
Fellenhauerer, Bräderstr. 24.  
Geld gegen monatliche  
Rückzahlung, verleiht  
R. Calderarow, Hamburg.

Ernst Müller  
Elly Müller  
geb. Ostwald  
Vermählte.

Cassel Herford  
31. Januar 1919.

Zurückgebliebene Schüler höherer Lehranstalten  
werden schnell und sicher gefördert  
durch den Besuch des  
Pädagogiums zu Barsinghausen b. Hannover.

Sommer-Hüte

zum Umpressen nehmen wir jetzt an.  
Geschw. Kuhlmann,  
Spezial-Geschäft für Damenputz  
Goebenstrasse 19.

Brinkmanns-Theater Herford.

Dir. Willy Thelen.  
Freitag, den 31. Januar 1919, 7 1/2 Uhr  
Operetten-Baudille

Polnische Wirtschaft

Baudille in 3 Akten von Gilbert.  
Damenrollen im Vorverkauf.

Stadttheater - Restaurant

(Bürger-Verein)  
Carl Mhauer.

Sonntag, den 2. Februar, nachm. 5 Uhr:

Künstler-Konzert.

Fußballklub „Union“ 08

M. d. W. Sp. B.

hier am Sonnabend, 1. Febr. 1919 sein diesjähriges

Kappenfest  
(verb. mit Uebungsstunden) in den Lokalen der „Neuen  
Welt.“ Sportsfreunde u. Gönner sind freudl. eingeladen.  
Rufst. Feld-Regt. 58. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Restaurant zum Kurfürsten.

Am Sonnabend, den 1. Februar:

Grosses Kappen-Fest.

Anfang 7 Uhr.

Fritz Gollbrunn.

Tiemeyer Stiltberg.

Am Sonntag, den 2. Februar

Tanz

ausgef. v. d. Kapelle d. Art.-Regt. 7.

Biensen-Almsen

Wähler und Wählerinnen!

Stimmt bei der

Gemeinde-Ausschusswahl

am Sonntag, den 2. Februar

für die Liste der

Christlichen Bürgerpartei.

Wahlzeit von 9 Uhr vormittags  
bis 6 Uhr abends.

Moissi  
kommt!

Gesucht für einen Unterjetan-  
dancer ab Othm  
Wohnung  
mit voller Pension.  
Offerten an Emil Hagen,  
Bübbede i. W.

Suche  
Fabrik oder Raum  
für Holztrieb. Off. unt. 4998  
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Musikverein.

Sonnabend, den 1. Februar, 7 Uhr pünktlich  
in der Aula des Friedrich-Gymnasiums  
Unterhaltungs-Abend

Mitwirkende: Damen und Herren des Vereins.  
a capella Chöre, Männerquartett, Vokal- und In-  
strumentalvorträge.

Aktive, passive und mitfingende Mitglieder, sowie  
Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.  
Programm 50 Pfg. an der Abendkasse berechtigt zum Eintritt.

Das Werbebüro  
„Kaiserhof“

nimmt noch

Freiwillige zum  
Grenzschutz

an.

Soldaten, Eure Erfolge, die Ihr  
während 4 Jahre errungen habt, gehen  
verloren, wenn Ihr nicht von neuem zu  
den Waffen greift. Die Grenzen im Osten  
sind bedroht, Lebensmittel und Kohlen-  
zufuhr stehen auf dem Spiele. Auf, deut-  
sche Soldaten, schützt Eure Versorgung  
und Eure Kameraden im Osten!

Handelsregister des Amtsgerichts zu Herford.

In unser Handelsregister Abt. A, ist unter  
Nr. 606 die Firma Julius Willi Spanier  
in Herford und als deren Inhaber der Vieh-  
händler Julius Willi Spanier zu Herford am 28.  
Januar 1919 eingetragen. Der Ehefrau Regina  
Spanier geb. Herrmann zu Herford, ist Procura  
erteilt.

Trächtige Stuten u. Kühe

einschließlich Leibesfrucht  
versichere man sofort gegen alle Geburtsverluste  
(auch Kollik) bei der

Gegründet 1888 „Halensia“ Gegründet 1888  
Viehversicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S.  
Billige Prämien! Keine Nachzahlungen!  
Bei Nichtträchtigkeit volle Prämienrückzahlung.

Höhe Entschädigung:  
80% für Muttertiere, 80% für Fohlen.  
Bisher gezahlte Entschädigungen über 5 Millionen Mk.  
Zahlreiche Empfehlungen von allen Seiten.  
Auch Pferde, Rinder, Schweine sowie Pengu- und  
andere Viehversicherungen, ferner Ergänzungsver-  
sicherungen unzureichender Deckungen werden aber  
nommen.

Auskünfte und Besuch kostenlos.  
Man wende sich an die Hauptgeschäftsstelle in  
Witten (Lippe), Telefon öffentliche Fernsprechanlage  
oder an die Vertrauensmänner: Landwirt Mengedoh  
in Sömeten, P. Hillenrup, Landwirt Roineke in Weier-  
berg, P. Bösingfeld, Gutsbesitzer Gustav Wolf in  
Dresen, P. Horn, Gastwirt u. Geschäftshalter Rüggesiek  
in Droste in Westf.  
Weitere Vertreter und Reisebeamte überall gesucht.

Deutsche demokratische Partei.

Nur in der Organisation liegt Kraft!

Alle Wähler und Wählerinnen, die auf dem Boden der Freiheit  
und des Vaterlandes stehen und sich zur Deutsch-Demokratischen  
Partei bekennen, werden gebeten, sich sofort den

örtlichen Organisationen — in Herford  
dem Verein „Waldeck“

anzuschließen. Anmeldungen werden bei allen bekannten Ver-  
trauensleuten entgegen genommen.

Mit demokratischem Gruß  
Der Vorstand.

Deutsche Volkspartei.

An die Wähler u. Wählerinnen!

Alle Wähler und Wählerinnen, die sich noch nicht als  
Mitglieder haben einschreiben lassen, werden gebeten, sich  
baldmöglichst in unsere Listen eintragen zu lassen. Es  
findet am

Sonntag, 2. Febr., nachm. 5 Uhr im Ev. Vereinshaus eine

General-Versammlung

statt, in der eine

Vorstandswahl  
auf demokratischer Grundlage

vorgenommen wird. Zutritt zu dieser für alle Mitglieder  
hochwichtigen Besprechung

haben nur solche Personen, welche im Besitz einer ge-  
druckten Einladung oder einer Mitgliedskarte sind. Daher  
ist die sofortige Anmeldung zur Mitgliedschaft dringend  
erforderlich.

Eintragung in die Mitgliederliste kann erfolgen:

1. bei der Geschäftsstelle Alter Markt 13, 1. Stock, Fernsprecher 25,  
mündlich, schriftlich oder mittels Fernsprecher.
2. bei den Bezirksleitern und Vertrauensleuten in Herford.
3. bei den Vertrauenspersonen der Landgemeinden.

Eile tut not!

Der Vorstand.

Wir sind Abgeber, soweit der Vorrat reicht, von  
4% Westf. Prov. Anl. zu 94%,  
4% Hannov. Prov. Anl. zu 96%,  
4 1/2% Hamburger Staatsanl. v. 1919 zu 96 1/2%,  
provisionsfrei.

Herforder Bank,

Zweiganstalt der Danabank Bank.

Wir kaufen die Zeitungen  
Nr. 4 und Nr. 22  
zurück.

Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Für Möbelfabrikation  
geeignete  
Räume  
für sofort oder später zu  
mieten od. kauf. gesucht.  
Schriftliche Angebote unter  
Nr. 6007 an die Geschäftsstelle  
dieser Zeitung.

Gut erhaltene  
Beizgarntur  
(echt frei)  
preiswer. zu verkaufen.  
Gasthof  
zum grünen Wenzel.

Kautabak

kaufe fortlauf. gut gebrauchte  
auch alte das Rezept, um  
selbst Kautabak zu fabricieren.  
Krammer, Düsseldorf,  
Bergstr. 20, Telefon 6080.

Zigarren

Zigaretten für meine neu  
eingeschickten Geschäfte kauft  
Gustav Rahn,  
Berlin, Progerstr. 16.

Tabak  
Zigarren,  
Zigaretten,  
Bonbons

und alle verkehrsfähige Ware  
kauft jedes Quantum  
Krammer, Düsseldorf,  
Bergstr. 20, Telefon 6080.

Wer gibt Unterricht  
Nachhilfeunterricht  
in Latein, Englisch, Französisch  
und Mathematik.

Angebote unter Nr. 4957 an  
die Geschäftsst. d. Blattes.  
Tägl. 10 Mk. zu verdienen. Näh.  
bis 10 Uhr. Joh. H.  
Schultz, Krefelderstr. 1. Edin 760.

Moissi  
kommt!

Landgemeinde  
Herford.

Am Sonnabend, 1. Febr.,

abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung  
im Vereinslokal (Nähe-Bader-  
straße), wozu wir die Ver-  
einmitglieder, insbesondere aber  
auch die aus dem Orte zu-  
rückgekehrten, einladen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung der heimgekehr-  
ten Krieger.
2. Geschäfts- u. Kassabericht.
3. Vorstandswahl.
4. Wahl der Rechnungsprüfer.
5. Berichtendes.

Der Vorstand.

Für das Kontor eines Ge-  
schäftes wird eine kaufmännisch  
gebildete

junge Dame

mit schöner Handschrift u. ge-  
nauem Rechenvermögen gesucht.  
Angebote mit Angabe von  
Gehaltsansprüchen u. d. bisher-  
iger Tätigkeit unt. Nr. 4986  
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Ganzeres, tüchtiges Mädchen

sucht

Stellung

auf sofort.

Angebote unter W. 4997 an  
die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Landwirtschaftlicher

sucht zum 1. März oder 1. April  
Stellung in einem freundlichen  
Haushalt auf dem Lande, bei  
besorgn. Schriftl. Angebote  
unt. 5006 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Vertreter

od. Reisende

gesucht.

für d. Verkauf v. Kolonial-  
u. d. Holzwaren u.  
Heinz. Hellweg, Großh.  
Hertelstr. 1, Kreis Bielefeld.

Vertreter bestmöglicher  
Häuser sucht in.

Cigarrenfabrik

in Vertretung für Schleier-  
fabrik.

Angebote unter Nr. 5035 an  
die Geschäftsstelle dieser Zeitg.

Möbelbranche!

Entwürfe,

Rechnungen etc.

in Holz, Eisen u. Stahl.  
Entwürfen nach ge-  
gebenen Entwürfen  
fertigt sauber und gewiss-  
haft an.

S. Gieselmann,

Deilinghauserweg Nr. 76.

Der Schüler

welcher aus dem Garbener-  
bereich, der 7. u. 8. Klasse, Mi-  
ttelschule Bielefeld, einen An-  
sehen-Wettbewerb hat,  
wird dringend ersucht, denselben  
an Ort und Stelle wieder ab-  
zugeben. Andernfalls wird der  
Diebstahl polizeilich gemeldet.

Kriegs-

Anleihe

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe  
unter W. 5034 an die Ge-  
schäftsstelle dieser Zeitung.

Heiztorf

hat abgegeben

H. Gieselmann,  
Kämmerstr. 71.

Gebrauchter Teppich

zu verkaufen. Zu besichtigen  
Sonntags 10-11 Uhr morg.  
Wo, sagt unter 5031 die  
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Moissi

kommt!